

(Abg. Dvlg.)

(A) entsprechender Weise realisiert werden in Gestalt der Konzessionen und durch besondere daran geknüpfte Bedingungen.

Wenn man durch diese Art des Vorgehens, durch diese Konzessionserteilung auf der einen Seite das Risiko für den Staat vollständig, ich wiederhole, vollständig abgewälzt hat, so liegt ja darin schon ein ganz ungemeiner Vorteil, und ich kann keinesfalls der Ansicht des Herrn Abg. Günther folgen, wenn er aus der Abwälzung dieses Risikos dem Staate irgendwelche Vorwürfe machen will.

Ich verstehe überhaupt nicht — das möchte ich bei dieser Gelegenheit einfließen lassen — die Haltung des Herrn Abg. Günther, die er in der gegenwärtigen Frage einnimmt, wenn ich ihm hier die Haltung seiner Partei in bezug auf derartige Fragen auf anderen Gebieten vor Augen führe. Es ist ein alter und bei jeder immer möglichen Gelegenheit von der Fortschrittlichen Volkspartei betonter Grundsatz, daß man, wenn irgendwie die Privatindustrie mit Erfolg sich zu betätigen Gelegenheit habe, den Staat beiseite lassen mußte, vor allen Dingen es vermeiden sollte, durch die Übernahme von Seiten des Staates neue Beamtenstellen zu schaffen. Das war der Grundsatz, den die Fortschrittliche Volkspartei sonst in ähnlichen

(B) Fällen vertreten hat,

(Zurufe des Abg. Günther.)

den sie zur Sicherung der Arbeiter noch bis zum letzten Augenblicke festgehalten hat. Statt dessen stellen Sie den Grundsatz auf, daß Private die Sache übernehmen sollen, und machen der Regierung Vorwürfe, wenn sie es nicht tut. Das gehört zu den zahlreichen Überraschungen, die man auf parlamentarischem Gebiete und insbesondere bei der Fortschrittlichen Volkspartei nur zu oft erlebt.

(Zurufe des Abg. Günther.)

Alles in allem betrachtet, meine verehrten Herren, glaube ich denn doch, daß die Bedingungen, die der Konzession beigelegt werden sollen, solche sind, die uns gegen alle Nachteile des Unternehmens schützen und die — das füge ich noch weiter hinzu — dabei gleichwohl in weitgehender Weise dem Staate zum Vorteil gereichen werden. Was den Anteil des Staates dabei anlangt, so ist er bis zu einem gewissen Grade gesichert, groß ist er selbstverständlich nicht. Jedenfalls ist es von Bedeutung, eine Bedingung des Inhaltes in diesen Vertrag aufgenommen zu sehen, daß von einem gewissen Zeitpunkte an und vorausgesetzt, daß das ganze Unternehmen prosperiert, der

Staat nun seinerseits in dieses Unternehmen eintreten kann. Darauf ist noch ein ganz besonderes Gewicht zu legen. Ich glaube, mit Rücksicht auf diese Stipulation könnten auch die Herren, die die Übernahme durch den Staat verfolgen, sich mit dem Vertrage einverstanden erklären. Diese Bedingung bekundet doch ganz deutlich, daß der Staat letzten Endes auf die Ausbeutung durch seine eigenen Organe durchaus nicht verzichtet, daß er aber diesen Zeitpunkt sich selbst herausuchen und vor allen Dingen abwarten will, ob er auch mit Vorteil das ganze Unternehmen übernehmen kann. Ich sollte meinen, vorteilhafter könnte man in dieser Beziehung gar nicht gestellt sein. Ich verstehe es auch nicht, wenn der Herr Abg. Günther gerade den Umstand, daß hier für den Staat mit großem Vorteile vorgegangen wird, nun seinerseits zum Anlaß des Bedenkens macht, daß die Gesellschaft dabei benachteiligt werde. Ja, da möchte ich dem Herrn Abg. Günther, so hoch ich sein gutes Herz für die Gesellschaft einzuschätzen weiß, doch empfehlen, sich nicht den Kopf dieser Gesellschaft darüber zu zerbrechen. Das sind gewiegte Geschäftsleute, denen wir unsere Meinung wahrlich nicht aufzudrängen brauchen, die wissen schon genug.

(Abg. Günther: Sie sprechen ja für die Gesellschaft, ich doch nicht!)

Da kann der Herr Abg. Günther ganz ruhig seinen Nachmittagschlaf verbringen, ohne sich durch böse Träume darüber beunruhigen zu lassen, daß etwa die Gesellschaft an dieser Bestimmung zugrunde geht.

Wenn man sich so, meine verehrten Herren, in die Lage versetzt hat, das ganze Risiko zunächst von sich abzuweisen und sich dabei alle Vorteile für die Zukunft zu sichern, die sich an das Unternehmen bei einem günstigen Ausgange knüpfen können, dann hat die gegenwärtige Frage eine solche Lösung gefunden, daß man sich wohl über alle Bedenken hinwegsetzen kann, die gegen jene Lösung erhoben werden. Wir können uns also recht wohl auf den Standpunkt stellen, daß wir einen Versuch auf diesem Wege machen können und nicht zu besorgen brauchen, daß dabei für den Staat irgendwelche Nachteile herauskämen.

Ich weise nochmals darauf hin, daß die Opfer, die bei der Verfolgung der Idee des Herrn Abg. Günther für den Staat nötig sein würden, so groß sind, daß für sie fast die Hälfte aller der Eisenbahnen, die gewünscht werden, sofort gebaut werden könnten.

(Abg. Günther: Keine Ahnung!)